

Ansätze

Die Frage, vor der die meisten Beteiligten heute kapitulieren, ist jene nach realisierbaren Alternativen. Das allgemein akzeptierte und in historischer Retrospektive wahrscheinlich irgendwann einmal unverständlich erscheinende Paradoxon lautet: Alles erweist sich als mangelhaft, aber mangelhaft ist besser als ungenügend, weshalb wir das tägliche Weiterleben in der Mangelhaftigkeit verwalten müssen. Daraus folgt auch, warum es trotz unzähligen Krisen so still bleibt; das schlechte Leben erscheint naturgegeben, während das Überleben zur Aufgabe wird.

Wir reden jetzt über das bessere Leben mit der Vorbemerkung, dass hier für kein Gesellschaftsmodell agitiert werden soll, sondern lediglich Perspektiven aufgezeigt werden.

Im Absatz „Banken, Finanzen...“ wurden bereits Anforderungen an ein Wirtschaftssystem formuliert. An dieser Stelle soll angemerkt werden, dass menschliche Bedürfnisse weit über materielle, von einer Wirtschaftsordnung zu befriedigende Wünsche, hinausgehen. Gerade in diesem Bereich bleiben Bedürfnisse heute oft unerfüllt, weil sie - entgegen der Aussage von Werbetafeln - nicht käuflich zu befriedigen sind. Dem zu Folge soll hier ganzheitlich von Konzepten menschlichen Zusammenlebens gesprochen werden.

Und nun wird es endlich konkret (Hinweis: in sich nicht geschlossene Ideensammlung):

1. Demokratisierung der gesamten Produktions- und Dienstleistungsbetriebe. Wer mitarbeitet soll auch mitentscheiden können.
→ keine Betriebsschließungen und Spekulationen mehr auf Kosten von Belegschaften; Identifikation mit der Tätigkeit, da selbstbestimmt, höhere Produktivität; gerechte Lohnverteilung
2. Gleicher Stundenlohn im Betrieb (außer vielleicht für besonders harte „Drecksarbeit“)
→ Abbau der sozialen Hierarchien im Betrieb; Verantwortungsvolle Tätigkeiten werden wieder durch Anerkennung belohnt; gerecht, weil alle für Arbeit vergebene Lebenszeit gleichwertig ist

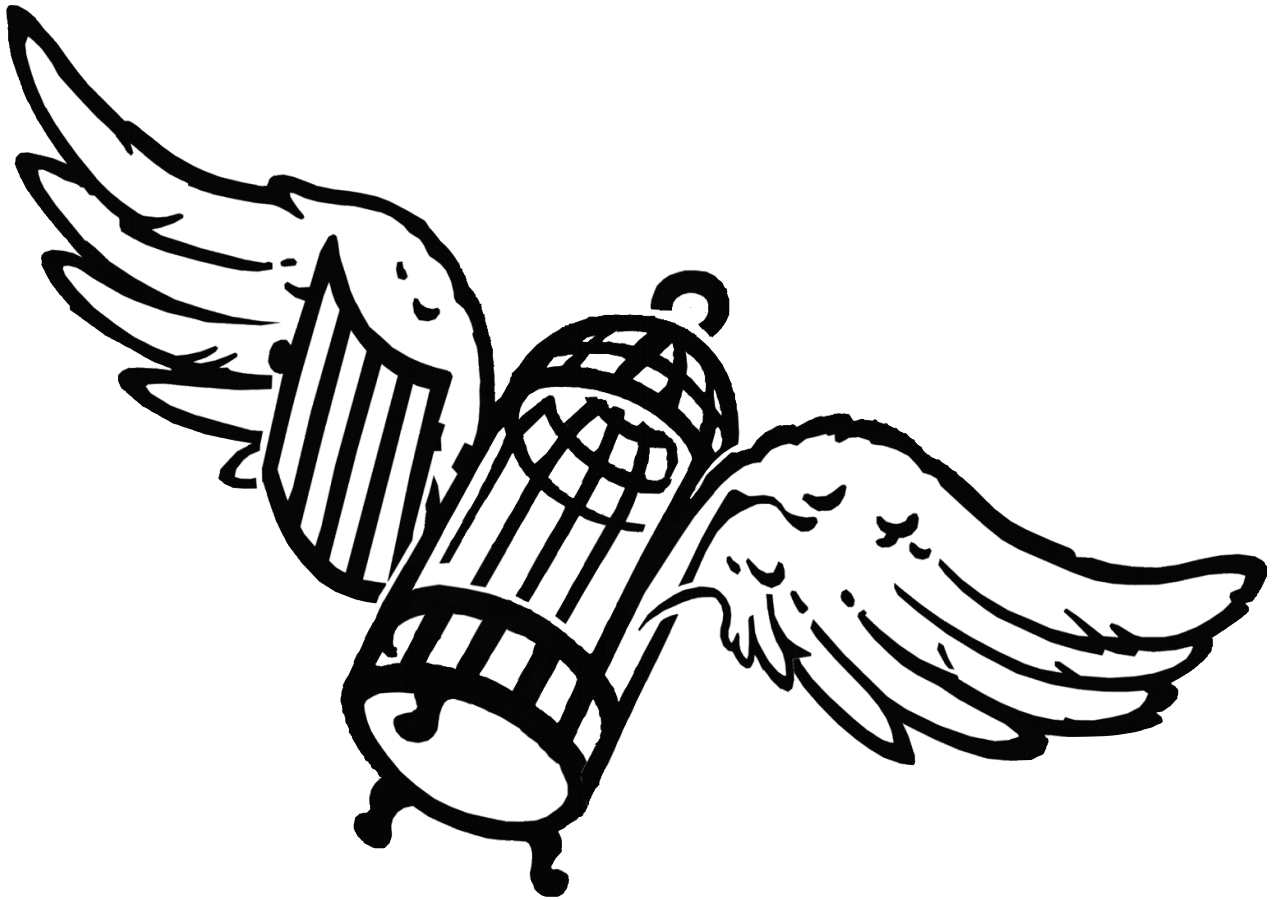
3. Mehr zwischen-betriebliche Verhandlung statt Marktgeschehen
→ dann zählen auch im Warentausch mehr Argumente, als jene von Angebot und Nachfrage
4. Ausreichend bemessenes Grundeinkommen statt Arbeitszwang
→ kein Überangebot an Arbeitssuchenden; die Wirtschaft ist an die Versorgung der Bevölkerung gekoppelt; soziale Gerechtigkeit; der Mensch wird nicht mehr nur an seiner produktiven Leistungsfähigkeit gemessen; Rückgang von psychischen Erkrankungen; Aufwertung ehrenamtlicher Betätigung
5. Abbau von Zwangsgemeinschaften, Aufbau von Wahlgemeinschaften mit gesellschaftlicher Mitbestimmung: z.B.: Lernen mit Freundeskreis, statt im willkürlichen Klassenverband; Selbstorganisation der Häuser, Straßen, Dörfer, Stadtteile, u.a.
→ weniger psychische Probleme; weniger zwischenmenschliche Spannungen; selbst-bestimmtes, bedürfnisorientiertes Leben; Grundlage kommunaler und regionaler Politik; Verringerung der materiellen Nachfrage
6. Ausweitung der Demokratie; Alternativen zum Parlament:
1. Vertreterversammlungen aus Betrieben und Wohnquartieren mit imperativem Mandat, 2. Nutzung der modernen Kommunikationstechnologie für direkte, sachbezogene Demokratie, 3. Kombination aus beidem
→ Reale, konkrete Mitbestimmung ist möglich, besonders im eigenen Umfeld; mehr Transparenz; effektiver, da keine Partei-/ Machtpolitik
7. *Abschaffung von Markt und Geld: Hier existieren einige plausible Ideen, die aber mehr Raum für Erläuterung bräuchten*

Informiert euch weiter und protestiert!

Kapitalismus abschaffen! Für demokratisches Miteinander! Für solidarisches Wirtschaften!
- Einzelmeinung aus dem Libertären Netzwerk Dresden: linetdd@riseup.net

Kürzungspolitik wirksam entgegen treten

Ein paar libertäre Gedanken zur aktuellen Krise



Eine kleine Einleitung

Unlängst nahm mich ein Mitglied des Aufsichtsrates der Berliner Sparkasse in seinem Geschäftswagen nach Hamburg mit. Die Finanzkrise war in aller Munde, denn die Regierung hatte gerade beschlossen - vorher undenkbar - Milliardensubventionen an die Banken zu zahlen, um den wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern. Klar also, dass sich unser Gespräch bald um dieses Thema zu drehen begann. Ich hatte erwartet, mich einem dieser gewissenlosen Finanzzocker, so einem Ackermann, gegenüber zu sehen, aber - ganz entgegen des Klischees - erwies sich der Mann als freundlich, sozial interessiert und ehrlich entrüstet, über die öffentliche Hetze gegen Bankiers. Er traue sich gegenüber Fremden kaum noch, seinen Beruf zu nennen, beklagte er. Man könne nicht die Schuld auf die Bankiers schieben, führte er aus, denn man habe doch nur genauso gehandelt, wie man es gelernt habe und müsse sich eben der Marktlage anpassen. Dass die Reallöhne seit Jahren nicht mehr steigen, dass immer mehr Menschen in prekären Verhältnissen leben müssen, dass dauerndes Wirtschaftswachstum nicht realisierbar ist, dass keine Vollbeschäftigung möglich ist,... , stritt er nicht ab. Ich wollte wissen, wie er sich denn Lösungsansätze für eine erträgliche Zukunft vorstelle. Das wisse er auch nicht, aber jetzt seien die Subventionen unbedingt notwendig, um das Schlimmste für alle zu verhindern. Später müsse man vielleicht - im schlimmsten Falle - den Euro abwerten. Am wichtigsten sei es menschlich zu bleiben. Die Besserverdienenden dürften nicht überheblich werden und deshalb spende er persönlich eine Menge an soziale Initiativen.

Fast niemand leugnet mehr das Debakel, in dem die Wirtschaftsordnung und mit ihr die parlamentarisch-demokratischen Gesellschaften stecken. Zwanzig Jahre nachdem sich das realsozialistische Wirtschaftssystem in den Bankrott gewirtschaftet hat (vom moralischen Bankrott ganz zu schweigen), steht nun der neoliberal, kapitalistische Block vor dem Abgrund. Während in den vergangenen Jahrhunderten blutige Kämpfe um Fragen der Gesellschaftsordnung geführt wurden, der Sozialismus die Lösung der sozialen Frage versprach, ist das Land heute still. Es scheint keine Alternative und damit keine greifbare Lösung in Sicht. So sehen wir täglich bloß, wie die Krise verwaltet wird.

Die Schuldigen suchen, die Unschuldigen bestrafen...

Die Wut über die täglich neu auftauchenden Missstände muss sich entladen. In einer gut eingespielten Gesellschaft wie der unseren hat jedes politische Lager dafür seine Sündenböcke. Man brauchte keine Krise und vor allem keine Analyse derselben um zu wissen, wer da hervorgeholt werden würde. Die ganz rechts haben natürlich sofort die „Ausländer“, die schwächsten, hervor gezogen, weil ja die ganzen „niedereren Völker“ nur her kämen um zu schmarotzen. Auch die „jüdische Hochfinanz“ steht zur Krise wieder hoch im Kurs. Die gut bürgerliche Mitte hingegen, phantasiert Massen von über „unsere Verhältnisse“ lebenden Sozialschmarotzern, die nichts leisten wollen, herbei. Was sich Links verortet triumphiert derweil, weil man endlich wieder ungeniert über die „Bonzen“ hetzen kann.

Da die sog. bürgerlichen Parteien regieren, geht die Peitsche logischerweise am härtesten über den Arbeitslosen nieder, denen zum Teil, wie in vielen Internetkommentaren zu lesen ist, nichts besseres einfällt als zu fordern, man müsse doch zunächst mal die ganzen Ausländer abschieben. Das Vorgehen ist bequem, denn wer kann sich schlechter wehren, als diejenigen, die keiner braucht, die keine Lobby bezahlen können, die sich vor der ARGE rechtfertigen müssen, wie Vorbestrafte vor einem Bewährungshelfer. Da es nun bei einer so großen Krise schwer fällt, alles den Schmarotzern anzukreiden, bleibt auch eine internationale Finanztransaktionssteuer im Gespräch. Wenn ein Schuldiger gefunden ist, kann es endlich weiter gehen wie bisher – hofft man.

Banken, Finanzen, Sozialsysteme - was soll das alles überhaupt?

Es lohnt sich, das Wirtschaftssystem mit einer Distanz zu betrachten, die Lösungsansätze außerhalb der Regelinstrumente des heutigen Finanzmarktes zulässt. Um eine unverblünte Sichtweise auf ein wirtschaftliches Gefüge zu erhalten, bietet es sich an, den Geldkreislauf in seinen Betrachtungen zu ignorieren. Unterm Strich zählen nur die Produkte, ihre Produktionsbedingungen und vor allem, wem sie am Ende „vors Haus“ gestellt werden. Beginnen wir doch zu aller erst mit der Frage, was wir von einer Wirtschaftsordnung erhoffen:

Grundsätzlich fordern wir die Befriedigung unser ALLER Bedürfnisse und Stabilität des Systems.

Es sollen möglichst viele erwünschte Güter mit wenig unerwünschter Arbeit produziert werden. Der Produktion muss sich eine Logistik anschließen, die die Waren dorthin transportiert, wo sie am dringendsten benötigt werden (soziale Gerechtigkeit).

Der Stabilitätsaspekt tritt in verschiedenen Facetten in Erscheinung: individuell, gemeinschaftlich und global. Persönlich erwarten wir von der Wirtschaft Versorgungssicherheit; also nicht durch undurchschaubare übergeordnete Entwicklungen ins soziale Abseits gedrängt zu werden. Gemeinschaftlich muss gefordert werden, dass die Produktion in all ihrer technischen Komplexität dauerhaft betrieben werden kann und sich progressiv, bedarfsorientiert weiterentwickelt. Global sind wir mit der Endlichkeit von Ressourcen und der Anpassung an natürliche Kreislaufsysteme konfrontiert. Nachhaltigkeit ist hier das Stichwort.

Kapitalismus heißt Krise

Kapitalismus heißt Krise, weil er, wie wir nicht erst heute erfahren haben, keine der oben genannten Anforderungen an eine Wirtschaftsordnung wirklich erfüllt. Er befriedigt die individuellen Bedürfnisse nicht; er schafft Bedürfnisse. Er erzeugt Instabilitäten bei den beteiligten Individuen, indem er sie in Existenzangst und prekären Zuständen leben lässt. Er kann durch Zwang zum unendlichen Wachstum niemals nachhaltig wirtschaften und - wie sich jetzt zeigt - kollabiert er auch aus seiner eigenen Logik heraus, denn er kann nach den Regeln des Marktes die Produktion nicht aufrecht erhalten.

Wirtschaft und (Sozial-)Staat

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem parlamentarisch-demokratischen Staat im Allgemeinen oder der Bundesrepublik im Speziellen kann hier nicht geführt werden. Dennoch wollen wir kurz das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft betrachten. Der Staat in seiner heutigen Erscheinung sitzt zwischen den Stühlen. Er ist seinem Wesen nach kein demokratisches Entscheidungsfindungsorgan, dass direkt aus der Bevölkerung hervorgeht (Parteiensystem, überkommene Verwaltungsapparate). In so fern bleibt diffus, wessen Interesse er vertritt. Behörden folgen ihrer eigenen zähen Logik, Teile des Staates funktionieren selber privatwirtschaftlich; Drehtüreffekt, Lobbyismus und Parteikarrierismus tragen ihren Teil zur Perspektivlosigkeit der Legislative bei.

Die Exekutivorgane wiederum schützen eine „öffentliche Ordnung“, die sie lange nicht mehr verstehen und fühlen sich wahlweise verheizt oder im Krieg gegen „Staatsfeinde“.

Aus seiner Rolle politische Belange zu lenken, durchzusetzen und Rechtssicherheit sowie soziale Rechte zu garantieren, wurde der Staat in ein passives Dasein als „Reparaturbetrieb für alle Fälle“ verdrängt. Er soll überall dort eingreifen, wo kapitalistische Misswirtschaft ein Trümmerfeld hinterlassen hat. Er soll Kaufkraft schaffen, insolvente Firmen subventionieren, Arbeitsplätze schaffen, soziale Gerechtigkeit erhalten, protestierende Menschen von der Straße beseitigen, Märkte eröffnen, den Standort XYland sichern und gleichzeitig stabile Währungen garantieren...

Die Vorstellungen sind absurd, der Staat bankrott. Erstens kann der Staat nicht gegen eine nicht funktionierende Wirtschaftsordnung arbeiten, zweitens ist er als eigendynamisches Interessenkonglomerat aus sich heraus niemals in der Lage, die gestellten Anforderungen zu bewältigen und drittens sollten wir nicht als demokratische, pluralistische Gesellschaft in Zeiten wirtschaftlicher Unordnung von einem allmächtigen Staat zu träumen beginnen, der die Probleme für uns löst.

Auf den Punkt gebracht benötigen wir keinen stärker regulierenden bzw. repressiven Staat, sondern eine bedürfnisorientierte, stabile Wirtschaftsordnung.

Ein Nagel im Sarg...

Soziale Kürzungen sind Teil des perspektivlosen Krisenmanagements. Die Regierung agiert nicht, sie reagiert auf eine Jahre andauernde Misswirtschaft, die endlich spürbar geworden ist. Natürlich treffen die Kürzungen, abgesehen von der Polizei, die Falschen; natürlich sind sozial Benachteiligte der schwarz-gelben Regierung egal, aber solange die Marktwirtschaft und der gescheiterte Staat nicht grundlegend in Frage gestellt werden, solange bleibt diese Entscheidung - leider - in sich logisch. Wir wissen aus der Vergangenheit, dass andere Parteien nicht anders gehandelt haben. Sicherlich wird eine asoziale Kürzungspolitik die Krise nur weiter anheizen, denn sie unterstützt die Tendenz der kapitalistischen Ordnung zu einer Bündelung des Kapitals und damit zu sozialer Ungerechtigkeit. Mit der Bündelung des Kapitals brechen die Absatzmärkte zusammen und der soziale Friede wird außer Kraft gesetzt.

Die wirklich Schuldigen

Wirklich schuldig sind weder Arbeitslose, Ausländer noch die Wohlhabenden. Schuld können wir keiner Klasse, keiner Schicht und auch sonst keiner Klischeegruppe zuschieben. Schuld sind alle, die nicht hinterfragen, sondern sich regieren lassen, solche, die sich als Funktionäre oben oder unten einreihen. Damit wird die Schuldfrage uns einer Lösung der Probleme nicht näher bringen, da sie nur Rollen mit anderen Schauspielern besetzen würde. Stattdessen müssen basisdemokratische Ansätze für ein besseres Zusammenleben gefunden werden.

Was nicht geschehen darf

Es ist falsch, die freiheitlichen Werte einer sekularen, aufgeklärten Gesellschaft fest mit den Regeln des Kapitalismus zu verknüpfen. Wie man weltweit erkennen kann, stehen sich beide Ansätze vielmehr gegenüber. Der Kampf um Ressourcen sabotiert Bemühungen um demokratische Mitbestimmung, Menschenrechte und Umweltschutz. Er schürt als Reaktion fundamentalistische Bewegungen. Das Marktgeschehen unterwandert demokratische Entscheidungsprozesse und bringt Menschen in ausgeprägte materielle Abhängigkeitsverhältnisse.

Weil das kapitalistische Wirtschaftssystem komplett ideologiefrei funktioniert, darüber hinaus sogar als Normalität empfunden wird, steht nach einer tief greifenden Krise einem Kapitalismus reloaded nichts im Wege. Immerhin kann er für die erste Zeit erneut materiellen Aufschwung bieten. Das darf nicht geschehen, da wir uns sonst in ein unglückliches Kreislaufsystem begeben, dass erst durch die komplette Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beendet werden wird. Als andere Gefahr treten autoritäre, hierarchische Herrschaftsordnungen erneut in den Vordergrund. Sie bieten eine planwirtschaftliche Alternative zum Kapitalismus mit sicheren Positionen für deren Befürworter in einer sozial ungerechten Ordnung. Sie vermögen die Menschen dadurch zu überzeugen, dass hier keine Eigenverantwortung für das eigene Leben oder die Umstände anderer übernommen werden müssen. Warum das nicht wünschenswert sein kann, muss hoffentlich nicht weiter ausgeführt werden.